

Gesprächsforum FK 2011 - ein Bericht

Der Moderator **Clemens Ronnefeldt** begrüßt die Runde und bittet eingangs die beiden anwesenden ReferentInnen des gestrigen Abends um ihre einleitenden Statements.

Herr **Wolfgang Dietrich** fasst die am Freitag Abend angesprochenen vier Punkte zusammen, die hier in einer Übersicht wiedergegeben sind.

1. Kritik an der Bezeichnung „Friedensprojekt Europa“

Mit diesem Schlagwort wurde vor 15 Jahren für den EU-Beitritt Österreichs geworben. Als Kennzeichen dieses „Friedensprojekts Europa“ wurde die Abwesenheit von Gewalt innerhalb Europas hervorgehoben, das heißt, dass es zwischen den Nationalstaaten der EU, bzw. früher der Europäischen Gemeinschaft keine Kriege mehr gegeben habe. Dies sei zwar korrekt, gebe aber eine auf Europa verengte Sichtweise wieder, die der Referent wegen der Fokussierung auf die Nicht-Anwesenheit von Gewalt als „inneren negativen Frieden“ bezeichnet. Nehme man nämlich die Wirtschaftsbeziehungen der EU-Staaten mit anderen Ländern, vor allem sogenannten Entwicklungsländern in den Blick, lasse sich feststellen, dass dieser „innere negative Frieden“ der EU von den Menschen in diesen Staaten bezahlt werde. Die wirtschaftliche Prosperität und die soziale Ruhe innerhalb Europas werde erkaufte um den Preis von asymmetrischen Beziehungen zur näheren und fernerer Umgebung. Als Beispiel verweist Herr Dietrich auf Ägypten, wo europäische wirtschaftliche Interessen über politische Manipulationen sicher gestellt wurden, wodurch die Lebensbedingungen der Menschen dort sehr nachteilig geworden seien mit der Folge von sozialen Unruhen.

2. Konsistenz des liberal-idealistischen Friedensprojekts Europa

Die liberalen Wirtschaftstheoretiker fordern den freien Fluss aller Wirtschaftsfaktoren. Zu fragen sei aber: Wird das Friedensprojekt Europa diesen seinen eigenen Ansprüchen von Waren und Finanzströmen und Kapitalverlagerungen sicher zu stellen, aber die Menschen können für ihre Lebensbedürfnisse und bei ihrer Suche nach Arbeit nicht diese Freiheiten beanspruchen. Vielmehr gebe es Migrationshindernisse aller Art. Herr Dietrich folgert daraus: Wenn es Menschen nicht gestattet würde, dorthin zu gehen, wo sie sich versprechen, ihren Lebensunterhalt zu sichern oder wirtschaftlich weiter kommen zu können, dann sei das strukturelle Gewalt. Hinzu komme noch eine nationalökonomische Erzählung über den Zusammenhang zwischen Frieden und Wohlstand, die schon in sich selbst gewalttätig sei. Sie lautet: Wenn es dem Markt gut geht, dann geht es dem Staat gut, und wenn es dem Staat gut geht, geht es auch allen Menschen gut. Dies sei ein Irrglaube, der als Herrschaftsinstrument verwendet werde.

3. Europäische Sicherheitsstrategie

Die europäische Sicherheitsstrategie wurde unter dem Eindruck von 9/11 entwickelt und 2003 erstmals vorgestellt. Bei ihr gehe es im Prinzip um Terrorabwehr. Die Europäische Union habe sich mit der Möglichkeit von Out-of-Area-Einsätzen nach dem Vorbild der NATO selbst zu einer Militärmacht entwickelt und sei damit zumindest potentiell zu einem sehr gefährlichen Akteur geworden. Das Grundmuster dieser europäischen Sicherheitsstrategie sei bis heute unverändert geblieben, auch wenn sich die Sprache etwas verändert habe.

4. Transrationale Wende

Der Begriff „transrational“ bedeutet, dass wir einerseits die Errungenschaften der Moderne etwa im Bereich der Technologie oder der Gesellschaftsorganisation als solche anerkennen, zusätzlich aber auch das Relationale, das beziehungshafte Moment in der gesellschaftlichen Interaktion berücksichtigen. Das heißt, in der transrationalen Perspektive geht man von einem

Menschenbild aus, in dem sich die Identität des Menschen über die Beziehung – also nicht über das Individuum der Einzelperson – versteht. Unsere Identität hängt danach davon ab, wie wir unsere Beziehungen bauen. Konflikte haben ja etwas zu tun mit Beziehungen zwischen Menschen und Menschengruppen, und dort sollten sie auch bearbeitet werden. Für den Umgang mit Konflikten ergibt sich in dieser Perspektive konsequenterweise nur die Konflikttransformation.

In dieser gibt es keine Konflikt-„Lösung“ in dem Sinn, dass die eine Partei gut und die andere böse ist und es um das Ausschalten des Bösen und den Sieg des Guten geht. Stattdessen sind die Interessen der beiden Seiten auszuhandeln.

Herr Dietrich betont, dass er mit diesen vier Feldern nicht ein Modell für Frieden in Europa vorstellen wollte, sondern vielmehr Beobachtungen darüber angestellt hat, dass es bereits Veränderungen gibt, nämlich in der Wirtschaft, in der Diplomatie, in der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit und im Militär im Sinne eines neuen Verständnisses der Rolle der Soldaten unter den neuen Bedingungen in den Spannungsgebieten der Erde.

Statement von **Dekha Ibrahim Abdi**.

Ihr erstes Thema sind die Veränderungen in der Gesellschaft. Sie stellt fest, dass in jeder Gesellschaft alle 10 – 20 Jahre ein Wandel zu beobachten sei. In ihrem eigenen Land Kenia erlebte sie in ihren ersten 30 Lebensjahren eine sehr stark vom Militär kontrollierte Gesellschaft, in der diese militärische Sicherheitspolitik alles bestimmte. Wenn aber alle Kontrolle vom Staat ausgeht und von der Politik ausgeführt wird und die Menschen nichts selbst organisieren und aktiv gestalten können, dann ist die Bevölkerung nur passiv und leidend.

Als in Kenia in den frühen 90er Jahren die Wende eintrat von einer militärischen zu einer zivilen Regierung, von einem Einparteien- zu einem Mehrparteiensystem, bekam die Gesellschaft die Chance, sich neu zu organisieren und ihre eigenen Vorstellungen von Sicherheit und Frieden öffentlich vorzustellen. Ein Problem sei dabei, dass ein solcher Strukturwandel eigentlich viel Zeit benötige. Aber in diesen Umbruchssituationen muss ja alles immer sehr schnell gehen. Die Institutionen hinken da immer hinterher. Polizei und Militär z.B. hätten bisher nur gewaltsame Methoden gehabt, um „Frieden“ herzustellen. Da musste die Gesellschaft erst einmal deutlich machen, dass sie das nicht mehr wolle, und sie musste selbst Alternativen organisieren.

Dabei war der Schlüssel für die Veränderung, dass jeder Einzelne für die Gesellschaft Verantwortung übernimmt. Das hätten die Menschen in Kenia immer wieder getan, auch in der Krise von 2008. Dabei ging es nicht darum, Staats- und Sicherheitsbeamte bloß zu stellen, sondern vielmehr ihnen Alternativen aufzuzeigen.

Im Januar 2008 war die Situation in Kenia vergleichbar mit der in Tunesien und Ägypten Anfang 2011. Von großer Bedeutung war es damals, sich schnell zu organisieren und ein Netzwerk zustande zu bringen und sowohl mit der Regierung als auch mit Verantwortlichen im mittleren Staatsapparat zu reden. Frau Abdi arbeitete z.B. in einer Gruppe von Frauen mit dem Gouverneur von Nairobi zusammen, indem sie diesen dazu brachten, sich die Anliegen der Menschen aller gesellschaftlichen Schichten anzuhören und mit ihnen zusammen nach Lösungen zu suchen.

Neben der Übernahme von Verantwortung ist für Frau Abdi ein weiterer wichtiger Punkt das Aufbauen von Partnerschaften. Dabei geht es darum, dass Menschen aus ihrer Opferrolle herausgeholt werden. Fühlt sich ein Mensch als Opfer, erscheint es ihm, dass die ganze Welt über ihm zusammen stürzt und er sich nicht dagegen wehren

kann. Diese Menschen sollen mithilfe einer Kontaktperson erfahren: Ich kann wieder aufstehen und ich kann etwas tun und etwas für mich selbst erreichen. In einer solchen Partnerschaft kann das nötige Vertrauen dazu entstehen.

Weiter hebt Frau Abdi die große Bedeutung der Gespräche mit ehemaligen Soldaten, mit Polizisten und auch Verwaltungsbeamten hervor. Diese waren zum Teil seelisch schwer verletzt. Sie machten den Regierungen, unter denen sie gedient hatten, schwere Vorwürfe und hätten jetzt mit deren Militärs gar nicht sprechen wollen, weil sie zu ihnen kein Vertrauen hatten. In Frau Abdi aber sahen sie eine große Mutter, von der sie Verständnis für ihre eigene Situation erwarteten. Mit ihr wollten sie reden, von ihr erwarteten sie sich Hilfe. Hunderte solcher Männer kamen zu ihr, zum Beispiel auch solche, die in Jugoslawien oder Namibia gedient hatten oder bei sogenannten friedenserhaltenden Maßnahmen. Sie mussten stets bereit sein, benutzt zu werden, um das Land zu zerstören. Mit diesen oft mit Hass erfüllten Menschen zu reden war ganz besonders wichtig, denn es hätte nur einen Funken gebraucht, um den Friedensprozess wieder zu beenden.

An dieser Stelle spricht Frau Abdi von ihren ganz persönlichen Erlebnissen: Ich hatte nun diese sehr militarisierten Menschen vor mir und wusste, dass ich sie auf einen Weg bringen musste, der zum Frieden führt und nicht zu weiterer Gewalt. Für mich schien es jetzt nicht sinnvoll, sie mit Generälen sprechen zu lassen. Vielmehr musste ich eine Idee entwickeln, wie ich sie davon überzeugen könnte, dass der Friede der richtige Weg ist. Ich kontaktierte dann Mike Aldon, dessen Sohn auf den Straßen von Mogadischu getötet worden war und der auch schwere Vorwürfe gegen die UN machte, weil er glaubte, die sorgten sich nicht genügend um den Schutz der Soldaten. Ich brachte Mike Aldon mit diesen Menschen zusammen. Sie waren sehr beeindruckt, dass jemand, der so eine Tragödie erlebt hat, nicht weiterhin auf Konfrontation und Hass setzte, sondern den Weg des Friedens eingeschlagen hat. Und so konnten wir sie überzeugen, dass sie zurück in ihre Dörfer gingen und dort für den Frieden eintraten. Wir haben erreicht, dass diese einstigen Soldaten wirklich hinaus gingen, sich den Friedenskomitees anschlossen und in ihrem jeweiligen Umfeld für den Frieden arbeiteten. Mir persönlich ist aufgefallen, dass es mit diesen Militär- und Sicherheitsleuten viel einfacher ist zusammen zu arbeiten als mit Politikern. Die Einen sind Tag für Tag mitten im Geschehen von Krieg und Frieden und gestalten mit ihren eigenen Händen mit, die Anderen aber erleben Krieg und Frieden nicht selbst, dies ist für sie etwas ganz weit Entferntes.

Diskussion

Teilnehmerin:

Die Polizisten und Soldaten hatten offensichtlich früher gar keine Möglichkeit gekannt, als gewalttätig zu agieren. Wie und von wem haben sie jetzt gelernt, sich in Konflikten gewaltfrei zu verhalten?

Abdi:

Nach dem Regimewechsel 2003 hat sich die Polizei natürlich nicht von heute auf morgen gewandelt. Wichtig war aber, dass die Polizisten nun mit den Gemeinden und den Mediatoren zusammenarbeiten mussten. Zu erwarten, dass sich ein so riesiger Apparat, der oft genug von der Regierung gebraucht und missbraucht wurde, so schnell verändert, wäre eine Fehlannahme. Es gibt auch heute noch sehr unangenehme Elemente in dieser Polizei. Beschwerden sind dabei in der Regel wenig effektiv.

Wir stellten fest, dass es hilfreich war, die Polizisten daran zu erinnern, dass sie Menschen, dass sie Kenianer sind und zu uns gehören, dass sie Väter sind und Familie haben, und wir bemühten uns, sie immer wieder mit den Gemeinden und den Mediatoren zu vernetzen. Es hat auch sehr viel gebracht, das Positive heraus zu stellen, nicht das Negative. So gab es zum Beispiel in der Stadt Mandera einen Polizisten, der viel mit den Menschen

gesprachen hat, der sehr verantwortungsbewusst und besonders rücksichtsvoll gearbeitet und damit auch viel erreicht hat. Ihm haben wir am Friedenstag in Kenia, am 21. September, eine Auszeichnung überreicht. Das hat einen Denkprozess angestoßen, als Kollegen fragten, warum gerade der die Auszeichnung erhalten hat, obwohl sie selbst in der Rangordnung doch viel höher standen. Den Fragenden gaben wir zu verstehen „Schaut, was der wirklich tut und was er bewirkt!“ So kann es besser sein, etwas Positives heraus zu streichen, statt immer nur Negatives zu kritisieren.

Teilnehmerin:

Sie verweist auf den Schluss des gestrigen Vortrags von Herrn Dietrich, wo er feststellte, dass die psychologischen Voraussetzungen der Soldaten für einen Friedenseinsatz eigentlich gar nicht gegeben seien. Sie hielt es deshalb für besser, wenn der Zivile Friedensdienst gefördert und weniger Soldaten an diesen Stellen eingesetzt würden.

Dietrich:

Er stimmt ihr vollkommen zu. Wenn in der Konfliktarbeit die Möglichkeit eines Einsatzes von Friedensfachkräften besteht, sind diese auf jeden Fall vorzuziehen.

Ihm ging es aber darum zu zeigen, wo wir heute stehen. Und Tatsache ist, dass bei UN-Interventionen immer Militär eingesetzt wird, aus welchen Gründen auch immer. Das wird politisch so entschieden.

Die Frage ist aber, ob die herkömmlich ausgebildeten Soldaten für „Friedenseinsätze“ geeignet sind. Für sie gilt nämlich das Gleiche, was wir gerade von den Polizisten gehört haben. Auch sie sind Menschen mit Gefühlen und sie haben selber Angst. Die übliche nationale Soldatenausbildung läuft nach dem Schema: Wir verteidigen das Land vor dem Feind. Wir dürfen nicht zulassen, dass der Feind in unser Land kommt und unsere Frauen vergewaltigt etc. etc.. Wenn das die psychologischen Grundlagen der Soldatenerziehung für die Leute sind, die zu einer sogenannten Friedensmission z.B. nach Afghanistan geschickt werden, dann ist diese Mission von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Hier seien die unterschiedlichen Ausrichtungen von herkömmlichen Soldaten für den Kriegseinsatz einerseits und andererseits Soldaten für Friedensmissionen – zwar etwas verkürzt, aber im Wesentlichen doch zutreffend – benannt.

Die Ersteren stehen in einem hierarchischen Militärsystem mit festen Befehls- und Gehorsamsstrukturen und werden zu technisch hoch aufgerüsteten Kämpfern gegen den Feind ausgebildet. Auf der Gegenseite steht grundsätzlich der gefährliche Feind, kein menschliches Individuum, und man muss ihm im ganzen Auftreten und Erscheinungsbild die eigene Stärke und Überlegenheit zeigen. Die Sicherheit der eigenen Soldaten hat bei allen Aktionen höchste Priorität.

Dagegen ist die idealtypische Aufgabe der Blauhelm-Soldaten zu versuchen, in einem fremden Land zwischen verfeindeten Lagern Frieden herzustellen. Bei dem Bemühen der Einsatzkräfte um eine Verhaltensänderung der Kriegsparteien spielt es eine wichtige Rolle, dass sie die Ziele, Interessen und Probleme der verschiedenen Konfliktparteien wahrnehmen und den Zugang zu den Menschen suchen, deren Vertrauen sie gewinnen wollen. Anstelle eines hochgerüstet martialischen Auftretens ist hier angesagt, sich so zu verhalten, dass man nicht als Feind, sondern als Unterstützer wahrgenommen wird. Dabei geht es um die Fähigkeit, auf ganz anderes Denken zuzugehen und zu vermitteln.

Solche Einsichten haben wir in Österreich gewonnen, das zu den Ländern mit den längsten Erfahrungen mit bewaffneten UN-Friedensmissionen gehört. Wir haben daraus die Konsequenz gezogen, dass das Selbstverständnis der Soldaten ein anderes sein muss, weil die Logik eine andere ist, und bieten an der Universität Innsbruck Lehrgänge für Menschen in Führungsebenen für Blauhelmeinsätze an. Ein Baustein ist dabei, dass die Studierenden pro

Semester eine Woche lang mit Soldaten aus dem Jugoslawien-Einsatz zusammen arbeiten. Dabei lernen sie aus der Praxis.

Teilnehmer:

Er geht aus von der Befehls- und Gehoramsstruktur bei Militär und Polizei und fragt, ob die beschriebene Neuausrichtung in der Ausbildung der Blauhelm-Soldaten auch eine Veränderung in der politischen Führung bewirken würde.

Dietrich:

Bei militärischen Einsätzen, die über die nationalen Grenzen hinaus gehen, entscheidet die politische Führung, ob es um einen Blauhelm-Einsatz geht oder eine Operation stattfinden soll. Die ausführenden Kräfte haben sich nach diesen Vorgaben zu richten. Ob positive Erfahrungen mit Blauhelm-Soldaten in Friedensmissionen einen Einfluss auf die politischen Entscheidungen haben, lässt Dietrich aus seiner österreichischen Perspektive offen.

Abdi:

Sie berichtet zu dieser Frage aus ihren eigenen Erfahrungen. Für sie ist es wichtig, auf beiden Ebenen zu arbeiten, sowohl mit den Soldaten wie auch mit politischen Entscheidungsträgern. Sie hat festgestellt, dass politische Veränderungen sehr lange dauern. Wenn man aber mit der Exekutive in den Gemeinden ganz praktisch an den Grundlagen arbeitet, kann ein spürbarer Wandel doch sehr schnell erreicht werden. Abgesehen davon müsse man sich aber auch um die politische Ebene kümmern. Was ein verändertes politisches Klima bewirken kann, beobachtete sie nach dem Regierungswechsel 2003 in Kenia. Die früher gefürchteten Polizisten verhielten sich plötzlich „wie Engelchen“.

Eine deutliche Auswirkung hatte auch die Tatsache, dass im Bürgerkrieg ein leitender Polizeichef vor den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gebracht wurde. Plötzlich wurde klar, dass die Polizisten selbst Verantwortung tragen, dass ihr Auftreten und ihr Verhalten für ihre eigene Person Konsequenzen hat. Diese Erfahrung hat eindeutig einen Wandel im Denken herbei geführt.

Teilnehmerin:

Hans Peter Dürr hat ein Modell bei der Friedenskonferenz wiederholt ins Gespräch gebracht, nach dem anstelle der rein militärischen Ausbildung bei der Bundeswehr eine Einrichtung geschaffen werden solle, in der sich junge Menschen entweder für den Militärdienst oder aber für zivile Konfliktbearbeitung ausbilden lassen können. Sie fragt Herrn Dietrich nach seiner Einschätzung dieses Modells.

Dietrich:

Er unterstützt es und berichtet, wie aktuell entsprechende Überlegungen derzeit in Österreich seien, weil dort gerade die Abschaffung der Wehrpflicht diskutiert wird.

Da Österreich kein NATO-Mitglied ist, stellt sich die Frage nach der Zukunft der Wehrpflicht noch einmal anders als in Deutschland. Die Hauptbegründung für die Einführung der österreichischen Wehrpflicht war seinerzeit, dass alle jungen Männer militärisch ausgebildet werden müssen für den Fall eines sowjetischen Angriffs. Dieses Bedrohungsszenarium gibt es heute nicht mehr. Das ist inzwischen auch bei den höchsten politischen Entscheidungsstellen angekommen. Die beiden Nebenargumente für die allgemeine Wehrpflicht waren damals die UN-Missionen und der Katastrophenschutz. Diese sind inzwischen die Hauptbegründungen für die Beibehaltung der österreichischen Wehrpflicht. Aber gerade für diese beiden Einsatzbereiche muss der Schwerpunkt der Ausbildung in zivilen Fähigkeiten liegen. So liegt der Gedanke nahe, dass in Zukunft gleichzeitig

militärische wie auch zivile Kompetenzen vor allem auf der kommunikativen Ebene erworben werden müssen.

Teilnehmerin:

Sie lenkt den Blick auf das grauenvolle Geschehen auf den Kriegsschauplätzen - nicht nur in Afghanistan - und auf die Folgen, unter denen die Soldaten leiden. Sie bezieht dabei auch die nie bearbeiteten Erlebnisse der Soldaten im 2. Weltkrieg ein.

Ronnefeldt:

Nachdem Herr Dietrich diese Schilderung bestätigt hat ergänzt Clemens Ronnefeldt statistische Belege dafür, dass bei den amerikanischen Truppen am Hindukusch – aber mittlerweile auch bei den deutschen – die Zahl der Selbsttötungen nach einem Einsatz größer ist als die der Gefallenen vor Ort.

Er sieht es deshalb als eine Aufgabe der Friedensbewegung an, der klaren Option von dreiviertel der deutschen Bevölkerung für einen Truppenabzug so viel Druck zu verleihen, dass das deutsche Parlament bei der nächsten Abstimmung diesem Wunsch Rechnung tragen muss.

Abdi:

Sie ergänzt ein eigenes Erlebnis an einem Küstenstreifen in Kenia mit einem deutschen Soldaten, der allein auf einem Felsvorsprung saß und immer wieder Steine ins Meer warf. Dieses traurige Bild weckte die Mutter in ihr und sie grüßte ihn. Das aber schockierte den noch sehr jungen Mann zunächst einmal, denn die Soldaten lernen ja in ihrer Ausbildung, dass sie während der Auslandseinsätze zur Bevölkerung keinen Kontakt aufnehmen dürfen. Abgesehen davon waren die Menschen in Kenia auf die ausländischen Soldaten gar nicht gut zu sprechen. Sie aber hieß ihn in ihrem Land willkommen. Daraus ergab sich dann ein kleines Gespräch über seine Herkunft und seinen Einsatz in der Piratenbekämpfung. Die Verlorenheit dieses jungen Mannes an diesem Ort hinterließ einen starken Eindruck bei Frau Abdi. Sie sagt, dass auf die Politik, die diese jungen Männer missbraucht, Einfluss genommen werden müsse.

Teilnehmerin:

Sie spricht zwei Themen an, zum einen die Frage nach möglichen Gefallenen bei den österreichischen Militäreinsätzen in Afghanistan, zum anderen das Problem des Rechtsextremismus in Europa. Die rechten Parteien z.B. in Österreich oder in Deutschland machen ihr nicht die größten Sorgen, sondern vielmehr die rechten Gruppen unter den Jugendlichen, bei uns vor allem in den neuen Bundesländern. Sie fragt: Was müssten die Politiker tun, um die von diesen rechten Gruppen initiierten Voraussetzungen für die Militarisierung der Gesellschaft zu unterbinden?

Dietrich:

In Afghanistan war der Auftrag für das österreichische Kontingent begrenzt auf die Vorbereitung und Überwachung von Wahlen. Sowohl bei diesem Einsatz im Rahmen der UNO als auch im weiteren Verlauf kam dort kein österreichischer Soldat ums Leben. Zur Zeit seien in Afghanistan auch keine österreichischen Soldaten, nur Zivilpersonen eingesetzt. Herr Dietrich ergänzt wörtlich: Wenn Deutschland glaubt, seine Interessen im nationalstaatlichen Sinne am Hindukusch verteidigen zu müssen, dann hat das natürlich eine ganz andere Logik und auch andere Konsequenzen.

Zur zweiten Frage stimmt Herr Dietrich mit der Teilnehmerin überein, dass der Rechtsextremismus bedrohlich ist. Zum notwendigen Handeln der Politik stellt er zunächst die Gegenfrage nach den Interessen der PolitikerInnen. Steht hinter ihren Reden von der

notwendigen Bekämpfung des Rechtsextremismus tatsächlich ein aufrichtiges Interesse? Was die ÖVP anbetrifft, würde er das bezweifeln. Wo dieses Interesse aber wirklich vorhanden ist, ist nach seiner Meinung die Aufdeckung der Angst eine wichtige Strategie.

Rechtsextreme Politik ist im Wesentlichen von Angst besetzt. In politischen Diskursen gerade mit Führungskräften der Rechtsparteien wie heute Herrn Strache und früher Herrn Haider hält er es für wichtig herauszustellen, dass sie selbst Angstgetriebene sind - und dass man ihnen die Heldenpose nicht gestattet, mit der sie z.B. das Ausländerthema angehen. Die Angst vor Ausländern, die sie schüren, könnte aber – und da sind wir wieder bei dem Thema von vorhin - am ehesten reduziert werden durch konkrete Begegnungserlebnisse.

Auf administrativer Ebene wären eingeplante Kontakte, Berücksichtigung von ausländischen Stimmen in der öffentlichen Meinung oder Einladungen in kommunale oder gesellschaftliche Gremien sinnvoll, in denen Ausländer Mitspracherecht haben. Ein solches Klima der Verständigung beobachtet er in seinem Land bei den GRÜNEN. Er meint aber, dass es bei den sozialdemokratischen und konservativen Parteien genauso vertretbar wäre. Von deren ideologischen Grundlagen her stünde einer Verständigungspolitik ja nichts im Wege, wenn die PolitikerInnen dies wollen. Politischer Druck könnte eventuell helfen.

Abdi:

Weil die Teilnehmerin die gefährliche Entwicklung bei der Jugend angesprochen hat, greift Frau Abdi dieses Thema noch einmal auf. Sie meint, dass es in jeder Gesellschaft die Frage gibt, ob man die Jugend als potentielle Gefahr oder potentielle Chance für uns sieht. Wer sich an jugendlichem Auftreten und ihren lauten und schrillen Protesten gegen Politiker auf den Straßen stört, solle bedenken, dass die jungen Menschen oft das laut in die Öffentlichkeit tragen, was sie bei sich zuhause leise gemurmelt hören. Als Erwachsene müssen wir unser eigenes Verhalten überdenken und wegkommen von der Abwehr uns ungewohnter Verhaltensweisen.

Auf gesellschaftlicher und politischer Ebene reicht es nicht, wenn man nur Bildungsprogramme und wirtschaftliche Programme für die Jugend schafft. Vielmehr müssen junge Leute auch in soziale und politische Netzwerke mit einbezogen und in gesellschaftliche Aufgaben eingebunden werden. In der Regel hassen es Jugendliche, als „Macher von morgen“ bezeichnet zu werden. Sie fühlen sich als die „Macher von heute“. Deshalb hält Frau Abdi Mediatoren für Jugendliche für so wichtig und vor allem auch, dass wir ihnen zuhören. Sie erzählt von einem Auftritt von Regierungsvertretern, den sie veranstaltet hat, vor einem jugendlichen Publikum. Als die Politiker in gewohnter Weise zu ihren Reden ansetzen wollten, intervenierte sie: „Oh nein, das ist der falsche Weg. Setzt euch hin und hört zu! Hört den Jugendlichen zu, denn die haben eine eigene Sprache und ihr müsst lernen, diese zu verstehen.“ Für Frau Abdi ist es wichtig, eine Brücke zwischen den Generationen zu bauen. Das hilft, das Wissen der Älteren und die Energie der Jüngeren zu nützen und die Fantasie der Jungen in richtige Bahnen, weg vom Extremismus zu lenken.

Teilnehmer:

Ihm geht es um die freiwillige Entscheidung der Soldaten für ihre Auslandseinsätze. Keiner würde gegen seinen Willen zu einem bestimmten Kriegsschauplatz hingeschickt, jeder entscheide sich selbst. Deshalb müsse man mit den Soldaten auch nicht so viel Mitleid haben. 5 – 6 % von ihnen kämen physisch oder psychisch kaputt zurück. Diese Zahlen wurden auch für die letzten Kriege ermittelt und müssten damit den Soldaten bekannt sein. Der Teilnehmer betont, dass jeder selbst dafür verantwortlich sei, was er tut. Er ergänzt eine andere Überlegung: Die Politik müsste entsprechend ihrer Werbestrategie einsehen, dass viele Tätigkeiten, z.B. in Afghanistan, viel besser von Polizisten und anderen Zivilen ausgeführt würden als von Soldaten. Entsprechend müsste sich die Personalplanung für die Einsätze auch ändern.

Dietrich:

Er beantwortet den letzten Punkt mit einem Hinweis auf die bereits geänderte Einsatzstrategie. Seit 1988 sei nach seiner Kenntnis die Zahl der Polizisten und sogenannten Zivilen von null bzw. ein paar Dutzend auf mittlerweile 130 000 Personen gestiegen. Nach Dietrichs Meinung stimme die Sache mit der Freiwilligkeit für einen bestimmten Teil von Militäreinsätzen, wobei natürlich auch das Geld eine Rolle spiele. Dieser Umstand spreche aber die Politik nicht davon frei, die Vorbereitung anständig durchzuführen.

Herr **Ronnefeldt** ergänzt aus einer gestrigen Meldung in der Süddeutschen Zeitung, nach der die PolitikerInnen bereits fürchten, dass sich bald nur noch Leute aus den neuen Bundesländern zur Bundeswehr melden würden, was auf die dortige hohe Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit der Jugendlichen zurückzuführen sei. Es sei schon die Rede vom ostdeutschen Kanonenfutter für die ganze Republik. Und Herr **Dietrich** trägt noch bei, dass für den österreichischen Generalstab genau dieser Umstand ein starkes Argument gegen das Berufsheer sei.

Teilnehmerin:

Nachdem bisher viel über den Einsatz von Militär gesprochen wurde, wendet die DiskutantIn den Blick auf die Frage: „Warum eigentlich Militär?“ Unsere Gesellschaft wie auch andere Gesellschaften sollen sich nach ihrer Meinung die Bereithaltung von Militär grundsätzlich nicht mehr leisten. Sie nennt dafür drei Begründungen.

Zum Ersten möchte sie Männer, die für militärische Operationen im Stil der NATO ausgebildet worden sind, nicht als Partner oder als Väter haben. Für sie sind solche Männer nach der intensiven Beschäftigung mit Zerstörung für diese wichtigen Aufgaben im Leben verloren.

Zum Zweiten verbraucht der ganze militärische Apparat unheimlich viel Energie und hinterlässt überall große Mengen an Giftstoffen. Dieser große einseitige Energieverbrauch ist für sie ein Raub an der Gesellschaft, weil die Ressourcen für die zivilen Aufgaben eingeschränkt werden. Der steigende Energieverbrauch aber führt seinerseits wieder zu Kriegen um die noch vorhandenen Öl- und Gasreserven auf der Welt.

Und schließlich sind Militär und Rüstungsindustrie so weit weg von der Gemeinwohlökonomie, über die uns gestern Christian Felber informiert hat. Diese beiden Interessen sind überhaupt nicht miteinander vereinbar. Für die Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft sollten wir unsere Kräfte doch besser für dieses Gemeinwohl-Modell einsetzen.

Abdi:

Frau Abdi bedankt sich ausdrücklich für diesen Beitrag. Der Waffenhandel zwischen Nordamerika, Europa, Südamerika und Afrika ist ein Problem mit großem Konfliktpotential. Wir nehmen da eine starke Manipulation durch die Wirtschaft und vor allem durch die Rüstungsindustrie wahr. Dabei fühlen wir uns durch die Wirtschaft und den Rüstungswettlauf immer wieder in die Enge getrieben.

Zur Integration von Soldaten in die Zivilgesellschaft betont sie, wie schwierig und langwierig der Prozess des Umdenkens und Umlernens ist, dieses neue Sammeln von Erfahrungsschätzen. Das gilt gleichermaßen für alle Generationen. Im Ältestenrat ihres Friedenskomitees z.B. sind Leute, die den 2. Weltkrieg als Jugendliche erlebt haben und ganz stark vom militärischen Denken und Handeln geprägt sind. Die müssen erst lernen, dieses Gedankengut zu verlassen, bevor sie sich neu orientieren können. Noch größer aber scheint ihr die Aufgabe bei Söldnern und jungen Leuten zu sein, die zwischen dem 7. und 12. Lebensjahr gelernt haben, eine Waffe zu tragen und zu kämpfen. Es ist äußerst schwierig, diese Jugendlichen Erfahrungen davon machen zu lassen, wie eine „normale“ Kindheit

aussieht und wie sie selbst in ein normales Leben finden können. Sie müssen ja ganz neu lernen, andere Wege zur Konfliktlösung zu sehen und sie aufzugreifen.

Dietrich:

Als ein Teilnehmer seine Empörung über die Verlogenheit der deutschen Politik zum Ausdruck bringt, sieht sich Herr Dietrich veranlasst, einen wirtschaftlichen Aspekt zu beleuchten, der nach seiner Einschätzung zum Ausbruch des Jugoslawienkrieges beigetragen hat. Er führt aus, wie sich nach dem Tod Titos die innenpolitische Szene in Jugoslawien in den 80er Jahren verändert und in eine explosive Gemengelage gewandelt hat. In diese Zeit fällt die Aufnahme von Griechenland und wenig später Spanien und Portugal in die EU bzw. damalige EG. Diese drei Länder erhielten damit auch die EG-Handelsprivilegien. Dies hatte aber handelspolitische Folgen, weil in diesen Ländern die selben Südfrüchte produziert wurden wie in Jugoslawien. Zu dieser handelspolitischen Benachteiligung kam noch eine Kontingentierung der Waren aus Jugoslawien in die EG, die so niedrig war, dass die Kontingente üblicherweise bereits im März ausgeschöpft waren. Das heißt, dass die Handelsvorteile, die diese Kontingentierung Jugoslawien eigentlich bringen sollte, dazu führte, dass der Export in die EG für den Rest des Jahres unter den üblichen Marktkonditionen stattfand, was Jugoslawien auf dem europäischen Markt natürlich wettbewerbsunfähig machte.

Dieser wirtschaftliche Druck auf Jugoslawien wurde jahrelang diskutiert, auch im europäischen Parlament, aber es wurde nichts geändert. Da die Wirtschaftskraft innerhalb Jugoslawiens sehr ungleich verteilt war, verstärkte dieser wirtschaftliche Druck die nationalistischen Kräfte in den verschiedenen Ethnien und die Reaktivierung der kulturellen Feindbilder innerhalb des Landes. Die europäische Außenpolitik – der Name Genscher ist schon gefallen, als Österreicher ergänzt er Mock – trug nichts zu einer Aussöhnung in Jugoslawien bei, sondern goss mit der Anerkennung Kroatiens als selbständigem Staat nur noch Öl in das Feuer.

Herr **Ronnefeldt** ergänzt diese Ausführung mit einer Ehrenrettung für Österreich, das im Jugoslawienkrieg die Überflugrechte für die NATO verweigert hat.

Gefragt nach der österreichischen Ausbildung für UN-Friedenseinsätze skizziert Herr **Dietrich** eine besondere Einrichtung, die – wie er betont – nicht für das Militär, sondern mit dem Militär arbeitet. Es handelt sich um einen internationalen Masterlehrgang an der Universität Innsbruck, bei dem er selbst unterrichtet. Die Studierenden besuchen dabei, zusammen mit ihren zivilen Ausbildern an diesem Lehrstuhl, für eine Woche einen praktischen Erfahrungskurs beim Militär, üblicherweise bei der 6. Jägerbrigade, die bevorzugt bei österreichischen Auslandsmissionen eingesetzt wird. Dort lernen sie zunächst theoretisch das angemessene Verhalten im Einsatzgebiet und üben dies anschließend im Rollenspiel. Als interessante Beobachtung teilt Herr Dietrich mit, wie sich durch diese Übungen das Bataillon verändert hat. Das heißt dass Soldaten, die nun Zivilisten – in der überwiegenden Mehrheit Frauen – ausbilden, ihr Verständnis von dem, was zivile Friedensarbeiter machen, völlig verändern. Dass sie mit Zivilen auf Augenhöhe umgehen müssen, ist für sie eine bereichernde Erfahrung.

Frau **Abdi** wird nach ihrer Sicht der Piraterie vor den afrikanischen Küsten gefragt. Sie versteht die Sorgen der Handelsschifffahrt angesichts dieses Problems, aber nach ihrer Meinung reicht es nicht aus, die Piraten zu fassen und vor Gericht zu stellen. Vielmehr müsse man den Ring internationaler Krimineller bekämpfen, der die Piraterie organisiert. Da wäre einerseits dessen Logistik auszukundschaften und andererseits der weitere Fluss der Beutegelder zu verfolgen.

Frau Abdi spricht weiter über einige Auswirkungen der Piraterie in Kenia. Zum Beispiel beobachten die Banken genau, wo auffällige Geldströme hinfließen, und melden dies dann auch an die Behörden. Außerdem tut sich auf der sozialen Ebene einiges. Wenn junge Männer mit ungewöhnlich hohen Geldsummen in einer Ortschaft auftauchen und glauben, hier den großen Maxe spielen zu können, dann stoßen sie immer öfter auf harsche Zurückweisung, weil niemand mit diesem dreckigen Geld etwas zu tun haben möchte. Diese soziale Abwehr ist wirkungsvoll und hält sicher manchen Jugendlichen von einer Beteiligung an der Piraterie ab, die ihm möglicherweise viel Geld einbringt, ihn aber nicht glücklich macht.

Zu den Anfängen dieser Piraterie im Indischen Ozean erläutert Frau Abdi, dass sich zunächst die einheimischen Fischer gegen die großen japanischen Fangschiffe wehren wollten, die zu einer Überfischung des Indischen Ozeans und damit auch zu eigenen Fangausfällen geführt haben. Außerdem haben die rigorosen Abwehrtaktiken der japanischen Schiffe gegen die einheimischen Kleinboote sehr viel Wut in der Bevölkerung erzeugt. Hinzu kam, dass die Bevölkerung sich wehrte gegen die Verklappung von Giftmüll vor ihrer Küste. Es ist ja inzwischen bekannt, dass den Betreibern großer Schiffe gegen einen Obulus das Deponieren von Giftmüll auf offener See erlaubt wurde. Da die eigene Regierung nichts gegen das Anschwemmen dieser Stoffe an den Küsten und gegen die Überfischung unternahm, taten sich die Leute einfach zusammen unter der Devise: Wir müssen uns gegen diese von großen ausländischen Schiffen verursachten Übel wehren und unser Meer, unsere Lebensgrundlage verteidigen. Wie ging es aber mit dieser Abwehr weiter? Die verzweifelten Fischer schickten Abordnungen mit ihren Beschwerden zu den Gemeindevertretern. Diese wiederum entschieden, dass die Abordnungen ihre Anliegen selber den Schiffskapitänen vortragen sollten. Die Kapitäne dachten aber gar nicht an eine Änderung ihrer Praktiken und bestochen die „Abgeordneten“ mit hohen Geldsummen. Daraus entwickelten sich dann die großen kriminellen Piratenorganisationen, die an der Linderung der Not der Bevölkerung keinerlei Interesse haben.

Dietrich:

Auf eine Frage, warum er in seinem Statement den Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“ ausdrücklich in Anführungszeichen gesetzt habe, befindet Herr Dietrich diesen heute vielfach gebrauchten Begriff unzutreffend, weil er nach seiner Meinung verschleiert, dass es nach wie vor zumeist um „Entwicklungshilfe“ mit der unausgesprochenen Vorstellung von Helfern und Objekten geht. Er sieht hinter dieser Idee der Entwicklung ein lineares Zeitverständnis, d.h. ich nehme die Anderen so wahr, dass sie noch nicht sind, was sie sein werden. Diese Sicht hält er für eine Respektlosigkeit. Er denkt, dass jeder Mensch hier und jetzt zu respektieren ist als der, der er oder sie ist, und nicht als der, der er sein sollte oder sein wird. Im sozialen Sinn glaube er nicht an eine Entwicklung, sondern an menschliche Verbindungen und Beziehungen.

Auf eine weitere Frage nach dem Gut und Böse bzw. nach Feindbildklischees verweist er auf den alten deutschen Idealismus. Dieser frage: Wie sollten wir denn sein, wenn wir nur gut wären? Das Gut-sein, das man ja meistens für sich selber postuliert, brauche als Gegenbild das Böse oder das Anders-sein des oder der Anderen. Das habe zur Folge Ausschließungen und Be- bzw. Verurteilungen. Nach Dietrichs Meinung hat der Idealismus das Potential, gewaltträchtig zu sein –strukturell und kulturell, indem er das Gute postuliert und das Andere ausschließt. Man müsse sich fragen: Was geschieht mit dem Ausgeschlossenen? Er hält das für ein Denkstrukturproblem.

Zur Frage nach der Freiheit und der selbständigen Entscheidung zitiert Herr Dietrich eine Äußerung von Jean Paul Sartre: „Wir sind zur Freiheit verdammt.“ Dazu meint er: Wir sind von Natur aus frei und müssen in jedem Augenblick unseres Lebens irgendwelche Entscheidungen treffen. Dabei geht es meist darum, ob ich das Bekannte wahre oder das

Unbekannte wage. Und dann tragen wir die Konsequenzen für unsere Entscheidung. Das heißt ja: Wir müssen diese Verantwortung übernehmen – es geht gar nicht anders. Zugleich gibt es aber die Beschränkung, dass ich meine Entscheidung nur im Rahmen der mir zur Verfügung stehenden Umweltprägung treffen kann. Also ich kann nur unter den mir bekannten Optionen wählen. Dabei spielt eine Rolle, welche Prägungen ich habe oder welche Glaubenssätze – von denen ich gar nicht immer weiß, dass es nur Glaubenssätze sind, weil ich meine, das sei die reale Welt, und ich realisiere dabei nicht, dass ich das nur glaube. Johan Galtung, den der Teilnehmer angesprochen hat, bezeichnet Herr Dietrich als strukturellen Friedensdenker. Er selbst möchte darüber hinaus gehen und das Ganze poststrukturalistisch in einem systemischen Zugang sehen und sagen: Ich habe diese Freiheit und ich habe sie gleichzeitig nicht. Ich habe die Verantwortung für das, was ich tue, und gleichzeitig bin ich begrenzt durch die Umstände und durch die Verbindungen, die ich eingehe.

Zur Frage der politischen Verantwortung von Jugendlichen erzählt Herr Dietrich von seinen persönlichen Erfahrungen. Die stimmen nicht überein mit dem Jammern über die Politikverdrossenheit und das Desinteresse der Jugend. Er arbeitet in seinen Lehrgängen an der Universität Innsbruck seit vielen Jahren fast ausschließlich mit jungen Menschen aus der ganzen Welt zusammen und erlebt diese als politisch sehr interessiert und hoch motiviert. Unter anderen hat er drei Studierende aus Ägypten, die bei dem Aufbruch Jugendlicher, den wir dort gerade erleben, voll engagiert sind. Herr Dietrich fragt: Wieso sollen wir uns in einem globalen Rahmen jetzt über die Jugend Sorgen machen, wenn die jungen Menschen in der Lage sind, das zu bewegen, was gerade in Ägypten passiert?

Abdi:

Sie ergänzt zu dem derzeitigen Umbruch in Ägypten: Wenn es zu einer Veränderung kommt, dann ist es immer wichtig, diese Veränderung zu gestalten, denn sonst wird man selbst von dieser Veränderung getrieben. Dazu muss Jede und Jeder als Individuum Verantwortung übernehmen, aber es muss auch die gesamte Weisheit einer Gesellschaft aktiviert und eingebracht werden, denn sonst wird die Gesellschaft an der kollektiven Dummheit zugrunde gehen. Davor kann nur die vielfältige Weisheit der Bevölkerung bewahren.

Zum Schluss bedankt sich Herr **Ronnefeldt** bei Frau Abdi, Herrn Dietrich und der Übersetzerin Christina Breith sowie beim Publikum und schließt mit dem Satz: „Die Integration unserer Schattenseiten ist der Beginn der Friedensarbeit.“